

Die Welt 10.10.2006

<http://www.welt.de/data/2006/10/10/1065632.html>

Ausländerpolitik Einigung über Bleiberecht in Sicht

Die Innenminister der Länder bewegen sich bei dem seit langer Zeit umstrittenen Thema aufeinander zu. Knackpunkte bei den 100.000 geduldeten Ausländern bleiben aber der Zugang zum Arbeitsmarkt sowie der Bezug von Sozialleistungen.

Von Martin Lutz

Berlin - Eine Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Ausländer bleibt zwischen SPD und Union weiterhin umstritten. Bei einem Treffen zwischen Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU) und seinen Länderkollegen in München konnte in wesentlichen Punkten noch kein Konsens erzielt werden, obwohl grundsätzlich eine Lösung in Sicht ist.

Strittig ist die Arbeitsmarkterlaubnis. "Ein Bleiberecht ohne einen Zugang zum Arbeitsmarkt macht keinen Sinn", sagte der hessische Innenminister Volker Bouffier (CDU) dieser Zeitung. Denn dies würde zwangsläufig zu einem Zulauf in die Sozialsysteme führen. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) wandte sich in der Sache per Brief an Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD), um für länger als sechs Jahre Geduldete die Möglichkeit auf ein Arbeitsrecht zu erreichen. Oder zumindest für diejenigen, die unter eine Bleiberechtsregelung fallen sollen. Doch im Arbeitsministerium befürchtet man einen Niedriglohnsektor. Ausländer mit einem Bleiberecht könnten Deutsche im Wettbewerb um Leerstellen und einfache Jobs verdrängen. "Minister Müntefering muss sich bewegen", forderte Bouffier.

Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Günther Beckstein, macht ebenfalls Druck. Es müsse eine Lösung gefunden werden, dass Ausländer mit einem Bleiberecht künftig in die Lage versetzt werden, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen.

Auch über den Bezug von Sozialleistungen konnten sich SPD und Union noch nicht verständigen. Bisher erhalten geduldete Ausländer 36 Monate reduzierte Asylbewerberleistungen. "Anschließend beziehen sie die vollen Sozialleistungen", sagte Beckstein. Die Unionsländer wollten erreichen, dass die Zahlungen nicht steigen. Die SPD-Seite akzeptiert demgegenüber keine Absenkung von Sozialleistungen. Während sich etwa der schleswig-holsteinische Innenminister Ralf Stegner (SPD) für eine großzügige und humanitäre Regelung einsetzt, wollen Beckstein und der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann (CDU) ein sehr eng gefasstes Bleiberecht. Die Minister diskutierten bei dem Treffen in München ein Bleiberecht für Familien, deren Kinder hier bereits in die Schule gehen. Dabei handle es sich um eine "sehr überschaubare Zahl", sagte Beckstein. Bisher hatte er sich mehrfach gegen ein großzügiges Bleiberecht ausgesprochen. Nach der Konferenz zeigte er sich kompromissbereit. Er sei bereit, "einer eng begrenzten Regelung näher zu treten, wenn das nicht zu einer Belastung der Sozialkassen führt, sondern wenn die Betroffenen ihren Lebensunterhalt selbst verdienen." Zwar lebten etwa 100 000 geduldete Ausländer im Lande, die vor dem 1. Januar 2000 gekommen seien. "Aber die meisten, die noch mit einer Duldung hier sind, kommen nicht in Frage", sagte Beckstein. Das Treffen in München diene den Landesinnenministern als Vorbereitung auf der nächsten Innenministerkonferenz Mitte November in Nürnberg. Einigkeit herrscht bisher über einige Eckpunkte. Voraussetzung sollen ein bis zu sechsjährigen Aufenthalt in Deutschland sein, die Erfüllung der

Schulpflicht, Deutschkenntnisse sowie die Fähigkeit, seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Kein Bleiberecht soll gewährt werden bei Straftaten, extremistischen Bezügen oder einer Täuschung von Behörden, um eine Abschiebung zu verhindern.

Die Länder wollen afghanische Flüchtlinge in eine Altfallregelung einbeziehen. "Sie sollen einbezogen werden, Iraker aber nicht", sagte der Beckstein dieser Zeitung. Für irakische Flüchtlinge solle eine Rückführungsmöglichkeit nach Kirkuk im Norden des Landes geprüft werden.

Artikel erschienen am 10.10.2006